Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 30.

Verbot der Nachtfahrten auf dem Rhein betr.

Nachtfahrten auf dem Rhein sind aus militärischen Gründen untersagt. Ausübung der Schiffahrt ist nur gestattet eine Stunde vor Sonnenaufgang beginnend und eine Stunde nach Sonnenuntergang endigend.

Emmendingen, den 18. Januar 1919.
Bad. Bezirksamt.

Nr. 32.

Pferderände betr.

Im Pferdebestande des Landwirts Karl Gustav Sommer in Bahlingen ist die Pferderände ausgebrochen. Wir geben das mit dem Anfügen bekannt, daß das erkrankte Tier nicht in fremde Ställe gebracht und nicht mit anderen Pferden in Berührung kommen darf.

Emmendingen, den 20. Januar 1919.
Bad. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Wegen Kohlenmangel soll nach Beschluß des Gemeinderats von heute bis auf weiteres die Straßenbeleuchtung wie zu Anfang des Krieges eingeschränkt werden.

Emmendingen, den 15. Januar 1919.
Das Bürgermeisteramt.
Rehm.

Bekanntmachung.

Infolge eingetretener Störungen an der Städt. Wasserleitung wird dieselbe in mehreren auseinanderfolgenden Nächten von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens distriktweise gesperrt und zwar:

Vom 22./23. d. M. in der Mundinger-, Linken-, Stein-, Brunnen-, Quer- und Elsztraße.
„ 23./24. „ Neu-, Rhein- und Elsztraße.
„ 24./25. „ Hebel-, Burg- und Gartenstraße.
„ 25./26. „ Tal- und Merianstraße.
„ 26./27. „ Hochburger-, Kirch-, Theodor-Ludwig-, Wilhelm- und Kandelstraße.
„ 27./28. „ Moltke-, Schlosser- und Romaneistraße.
„ 28./29. „ Bahnhof-, Schwarzwald- u. Eisenbahnstraße.
„ 29./30. „ Lamm-, Westend und Landvogteistraße.

Weiter bitten wir die verehrl. Einwohnerschaft uns bei eventl. beobachtender Störung an der Wasserleitung, welche sich durch unrechtmäßige Entnahme von Wasser aus der Leitung oder durch Rohrbruch, welch letzterer sich durch fortwährendes Sausen in der Hausleitung bemerkbar macht, unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Emmendingen, den 21. Januar 1919.
Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde hat von dem aus Heeresbeständen erworbenen Zement solchen zum Wiederverkauf abgegeben und zwar an:

Gauß Karl, Bauunternehmer,
Hammann Michael, Bauunternehmer,
Zinkischwerdt Andreas, Bauunternehmer,
Veit Simon Baumaterialienhandlung.

Der Verkaufspreis für diesen Zement ist vom Gemeinderat auf 5.50 Mk. pro Sack festgesetzt worden.

Emmendingen, den 21. Januar 1919. 29
Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Bekanntmachung.

Verteilung von Grieß und Grünkern betr.

Auf die Lebensmittelkarte des Kommunalverbands kann abgeholt werden:

Nr. 97 — 100 g Grieß pro Kopf.
Nr. 106 — 70 g Grünkern pro Kopf.

Emmendingen, den 22. Januar 1919.
Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Unterstützungen aus der Adolf Segauer-Stiftung erfolgt

Samstag, den 25. d. M.

durch die Stadtkasse an diese igen Personen, welche sich s. Zt. beim Bürgermeister angemeldet haben

Die Verteilung der übrigen gestifteten Beträge wird später bekannt gegeben und werden die bei der Verteilung berücksichtigten Personen persönlich anzuerkennen.

Emmendingen, den 21. Januar 1919. 31
Bürgermeisteramt.
Rehm.

Fahrnis-Versteigerung.

Am **Freitag, den 24. Januar vorm. 9 Uhr** beginnend, werden im städt. versteigerungslokal (Westend) aus dem Nachlaß der Verstorbenen **Chr. Neubold Wittwe** hier nachbenannte Fahrnisse gegen bare Zahlung öffentlich versteigert:

1 Sekretär, 3 aufzer. Betten, 3 Kleiderkästen, 1 Weißzeugschrank, 2 Kommoden, 2 Sofa, 4 Polst.-Stühle, versch. Tische, Rohr- und Holzstühle, Nachttisch, Waschtisch, Spiegel, Bildertafeln, Küchenkasten, Kücheneinrichtung, Kochherd, Küchengeschirr, Besteck, Glas, Porzellan, Steingut, noch neuer eich. Lampbadetafeln, Badewanne und sonst noch viele Haushaltungsgegenstände. Außerdem kommen für Wirte eine Anzahl Biergläser, geschl. Flaschen und sonstige Wirtschaftsgegenstände zur Versteigerung.

Emmendingen, den 17. Januar 1919.
Schmidt Waisenrat.

Geschäfts-Wiedereröffnung.

Vom Kriegsdienst entbunden, habe ich mein Geschäft

Mechanische- und Bauschlosserei

wieder eröffnet und empfehle mich zum Liefern von Fahrrädern, Nähmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, ferner sachmännische Reparaturen an Nähmaschinen, Fahrräder, landwirtschaftlichen Maschinen, Lokomobilen, Motoren für alle Brennstoffe, Gasanlagen, sowie sämtliche Ersatz und Zubehörteile an Nähmaschinen und Fahrrädern. 342

Ich bitte mir das Vertrauen wie vor dem Kriege zu schenken und zeichne hochachtend

Emil Litti, Schlossermeister.

Postkarte genügt. Teningen, im Januar 1919.

Emmendingen Gartensaal Bautz.

Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr

Arien-, Lieder- und Duetten-Abend

veranstaltet von
Freya Wolfsbruck, Emmendingen (Sopran) 435
Eugen Willi, Freiburg (Bariton)
Frl. **Hungar,** Freiburg (am Flügel)

Werke von **Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann** usw.

Preise der Plätze: I. Platz numeriert Mk. 2.50
II. „ „ „ „ 1.50
III. „ „ „ „ 1.00

Vorverkauf bei Frau Ommenborn. Programm 20 Pfg.

Kaufmännischer Verein, Emmendingen
(Im Verbande deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig).

Freitag, den 24. Januar 1919
abends 8 Uhr im kleinen Gartensaal der Brauerei Bautz

öffentliche Versammlung

mit Vortrag über 443

„Kaufmännisch Angestellte und Revolution — Was erwarten wir vom neuen Deutschland"

Redner Herr W. Hahn aus Mannheim.

Alle Privatangestellten, Herren wie Damen, sowie deren Angehörige sind zu dieser wichtigen Versammlung höflichst eingeladen.

Der Vorstand: J. Waldeck.

Deutsche demokr. Partei
Emmendingen.

Herzlichen Dank allen,

die durch persönliche Mitarbeit und Opfer jeder Art zum Gelingen der Wahlen beigetragen haben. Dank aber auch den Wählern selbst, die durch ihre Stimmabgabe der Partei zu der einflussreichen Stellung verhalfen.

Die Mitarbeit der deutsch-demokratischen Fraktionen in Land und Reich wird den Wählern beweisen, dass sie das auf sie gesetzte Vertrauen verdiente. Vieles ist in Staat und Gemeinde noch zu tun und wartet auf weitere opferfreudige Mitarbeit zum Wohl des ganzen Volkes.

Der Vorstand.

Hausversteigerung.

Dienstag, den 28. Januar versteigere ich im Rathause ein

Wohnhaus mit Stall u. Scheune

mit 20 Ar Gemüse- und Obstgarten.

Näheres erteilt 441

Adolf Frey, Denzlingen.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spez.-Vertreter ist am **Dienstag, den 28. Januar,** mittags von 1½ bis 4½ in **Emmendingen, Hotel Post** und **Mittwoch, den 29. Januar, morgens von 8 bis 10 Uhr** in **Waldkirch, Hotel Rößle**

mit Musser vorerwähnter Bänder, sowie mit st. Gummi u. Federbändern neuesten Systems, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi, Hängeleibs, Leib- und Muttervorfall-Binden, wie auch Geradehalter und Krampfaderstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben fachgemäßer Verschiene auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

Ph. Steuer Sohn, Bandagist und Orthopädist,
Konstanz i. B., Wessenbergerstraße 15, Telephon 515.

Freibank Emmendingen

Donnerstag, d. 23. ds. Mts., von 9 Uhr ab wird

Kuhfleisch

ausgehauen, das Pfund zu Mk. 1.70. Lebensmittelkarten mitbringen. Buchstaben D, E, F.

Stangenholzversteigerung des Forstamts Emmendingen am Montag, den 27. Januar d. Js., früh 9 Uhr in der Wirtschaft v. Moosbrugger in Emmendingen. Aus Domänenwald „Almendbuck" (Forstwart Gutjahr in Sexau): 36 Baustangen, 50 Haglangen, 8680 Hopfenstangen, 1440 Rebstecken, 100 Bohnenstecken, 50 Wellen und 5 Lose Schlagraum. Aus Distr. „Reichenbach" (Forstwart Wärter in Reichenbach). 135 Baustangen, 120 Haglangen, 990 Hopfenstangen, 750 Rebstecken und 460 Bohnenstecken, 9 Lose Schlagraum. 6-monatl. Zahlungsfrist. 400

Weinhändler.
Hausverkauf

Am 28. Januar vormittags 10½ Uhr wird im Rathaus in Eichstetten am Kaiserstuhl großes, geräumiges Weinhandlungsanwesen mit Stallung, Scheuer, Garten, neuen Keller und viel Lagerfässern versteigert. Schätzungswert M. 40 000. Anfragen an Rechtsanwalt Kramer in Emmendingen. 445

in Emmendingen gegen goldener 437

Ring

mit grünem Stein. Abzugeben gegen Belohnung im Geschäftszimmer der 84. Brigade (Dreikönig, Emmendingen.)

Gefunden.

1 Etui mit Zigarrenspitzen.
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr. 436
Schwarzwaldstr. 22.

Große, helle, trockene

Lagerräume

in Emmendingen zu vermieten.

Anfragen unter Nr. 440 an die Geschäftsst. der Breisg. Nachr. erbeten.

Guterhaltener

Dauerbrandofen

sofort preiswert abzugeben.
Wo sagt die Geschäftsstelle der Breisg. Nachr.

Ein fast neuer 439

Ueberzieher

ist zu verkaufen für stärkere Figur.
Wo? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein fast neues aufgerichtetes

Bett

ist zu verkaufen. 452
Zu erfragen im Verlag des Blattes.

Ein Paar neue 453

Infanteriestiefel

Größe 44 zu verkaufen
Schwarzwaldstraße 48

Hausverkauf.

Kleineres Wohnhaus in der Nähe des Marktplatzes, gut erhalten, preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes. 76

Zugochse

Ein schöner bei nahe 3 Jahre alter

Zugochse

unter Garantie im Zug ist in Teningen Haus Nr. 172. Miedelestr. zu verkaufen. 417

Pferdverkauf.

Verkaufe einen Braun-Wallach, mittelschweres gutes Zugpferd.
J. Lößlin,
Weisweil. 378

Eine gute 427

Zug- u. Mutterkuh

37 Wochen trächtig, zu verkaufen Haus Nr. 20, Nimmel.

Ein schönes

Zuchtfarren

14 Monate alt, Rostfleck, simmentaler Rasse ist zu verkaufen. 432
Wo? sagt die Geschäftsst. des Breisgauer Nachrichten.

Zur Haarpflege

empfehle:
Haarwässer
Haaröl
Haarpomade
Stangenpomade
Brillantine
Bartwichse
Kopfwaschpulver
Haarbürsten
von Mk. 1.50 an.
Reiche Auswahl. Vorzügliche Sorten.
Drogerie
W. Reichelt,
Emmendingen.

Taschenlampen, Batterien, Glühbirnen,

in nur guter Qualität empfiehlt billigst

M. Markus,
Emmendingen.
Für Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle.

Perlkränze

sind wieder eingetroffen.

Ludwig Sauter
Gärtnerei, am Bahnhof.
Emmendingen.

Bäckerei

auf 1. III. oder 1. IV. 19.
zu pachten gesucht.
Angebote unter Nr. 453 an die Exped. d. Zt.

Eine gebrauchte kleinere

Bandsäge

circa 600 mm Rollendurchm. für Kraftbetrieb, sehr geeignet für Landwirte zum Brennholzschneiden preiswert abzugeben.
Günzburger & Roos
451 Emmendingen
Karl-Friedrich-Str. 36.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 19 (Evang.: Emerentian.) Emmendingen, Donnerstag, 23. Januar 1919. (Kath.: Emerentian.) 54. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Nichtamtliches Wahlergebnis.) Das Endresultat der Wahlen zur Nationalversammlung setzt sich folgendermaßen zusammen:.

In den 37 Wahlkreisen mit ihren 421 Abgeordneten haben erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	34	Abgeordnete
Christliche Volkspartei (Zentrum)	88	„
Deutsche Volkspartei	23	„
Deutsche demokratische Partei	77	„
Sozialdemokratische Partei	164	„
Unabhängige sozialdemokratische Partei	24	„
Fraktionslos	11	„
Zusammen	421	Abgeordnete

Die 11 fraktionslosen Sitze verteilen sich auf
4 Welfen
1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokratie
4 bayerische Bauernbündler
2 Vertreter der württembergischen Bürgerpartei.

*

WTB. Berlin, 21. Jan. Die Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß ihr nichts ferner liegt, als etwa eine Fortverlegung der Reichsregierung von Berlin einzuleiten. Sitz der deutschen Zentralregierung ist und bleibt Berlin und soll es für alle Zeiten bleiben. Die Hauptarbeiten der Nationalversammlung werden sich jedoch in Kommissionen abspielen, denen wohl nur immer ein Regierungsmitglied beiwohnen werde. So werde es zu einer dauernden Abwesenheit der Mehrzahl der Regierungsmänner von Berlin überhaupt nicht kommen und der ununterbrochene Fluß der Berliner Geschäftsführung sei völlig gesichert. Für die geplante Durchführung der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar und für ihre Verbindung mit Berlin wird schon jetzt Vorsorge getroffen. Die Nationalversammlung wird im Weimarer Hoftheater tagen. Schon jetzt werden die Telegraphen- u. Postverbindungen zwischen Berlin und Weimar so sehr vermehrt, daß sie allen Anforderungen genügen sollen. Die Postanstalten in Weimar werden vergrößert. Für die Unterbringung von 2—3000 Personen, die die Nationalversammlung nach Weimar führen wird, wird von Amtswegen Vorsorge getroffen werden. Endlich werden die Zugverbindungen mit Weimar außerordentlich vermehrt. Das trifft auch für den Pressedienst und die Pressevertreter zu, denen von Regierungsseite jegliche Erleichterung ihrer Arbeit und ihr bequemes Unterkommen gesichert ist. Reichstagsdirektor Jungheim hatte bereits heute eine Konferenz mit dem Pressevertretern über die Organisation des Pressedienstes von und nach Weimar einberufen.

WTB. Berlin, 22. Jan. Wir werden von militärischer Seite gebeten, zur Beseitigung von Zweifeln ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die vom Kriegsministerium erlassenen Bestimmungen über Neuregelung der Kommandogewalt und der Grußpflicht keine Anwendung auf die im mobilen Zustande befindlichen Freiwilligenverbände für die Heimat und den Grenzschutz finden. Es bleibt für diese Verbände bei den bisherigen Bestimmungen.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Amtlich.) Die preußische Regierung hat auf ein an das Oberkommando Frankfurt a. O. gerichtetes Telegramm des Obersten polnischen Volksrates u. a. geantwortet, daß die Regierung den Vorwurf unmenschlicher Behandlung seitens ihrer Organe als unbewiesen zurückweist, hingegen jedoch auf Grund von Tatsachenmaterial gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unmenschlicher Behandlung, sondern auch zahlreicher widerrechtlicher Verschleppung und ungeheuer grausamer Schandtaten erhebt.

Berlin, 22. Jan. Nach dem Berliner Lokalanzeiger macht man in sozialistischen Kreisen Stimmung dafür, Gröner, der von den Sozialisten der Revolutionsgeneral genannt wird, als zukünftigen Präsidenten der deutschen Republik zur Wahl zu stellen. Nach dem genannten Blatt beabsichtigt man in den Kreisen der Demokraten Dernberg vorzuschlagen.

WTB. Hamburg, 22. Jan. Gestern abend ist es am Hauptbahnhof, am Städtehaus und in der Gegend des Hafens zu Schießereien gekommen, die von Spartakisten veranstaltet worden waren. Die Unruhestifter sollen zwei Polizeiwachen ausgeräumt haben und Waffen von zwei Automobilen für Sicherheitsmannschaften, die ausscheinend mit Maschinengewehren armiert waren, weggenommen haben. Der Straßenbahn-, Hochbahn- und Stadtverkehr steht still. Einzelheiten fehlen noch.

WTB. Hamburg, 22. Jan. Um acht Uhr abends wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Theater, Gastwirtschaften usw. mußten schließen. Straßen-, Hoch- und Stadtbahn stellten ihren Betrieb ein. Ueber die Dauer des verschärften Belagerungszustandes wird je nach der Lage befunden werden. Ein strenger Befehl des Soldatenrates ordnet an, daß alle Schußwaffen innerhalb 48 Stunden abzugeben sind. Wer später im Besitz von Waffen betroffen wird, verfällt dem Standgericht. Auch die Personen, die Kenntnis davon haben, wo sich Waffen befinden und keine Anzeige erstatten, setzen sich strenger Bestrafung aus.

Ein Umschwung in Elsaß-Lothringen.

WTB. München, 22. Jan. Vom Ausschuß der elsaß-lothringischen autonomistischen Partei geht uns folgende Darstellung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu: Der Umschwung in Elsaß-Lothringen ist, wie wir schon lange sahen, eingetreten. Wir erhalten aus Mülhausen i. E., der Hochburg des Franzosentums, folgenden Bericht: Am Montag bildete sich in Mülhausen ein Demonstrationszug, zumeist Arbeiter, die mit schwarzweißroten Fahnen durch die Stadt zogen. Sie sangen: Deutschland, Deutschland, über alles, die Wacht am Rhein, Ich bin ein Preuße usw. und zogen nach dem Rathause und wollten die Trikolore herunterholen. Rufe erschollen: Vive l'Allemagne, Vive la Prusse! Morte la France! Das Militär mußte einschreiten und es wurde sogar geschossen.

Die Leute, die sich einbildeten, daß ihnen unter der französischen Herrschaft der Himmel voller Baßgeigen hängen würde, sind somit sehr enttäuscht und erbittert. Die bisherigen Maßnahmen, die die Franzosen getroffen haben, müßen zu einer Katastrophe führen. Für die Arbeiter, unteren und mittleren Volksschichten wird in Frankreich erwiesenermaßen sehr wenig getan. Man lese derzeitig nur die französischen Zeitungen, um einen Einblick in das große Elend gewisser Gebietei und Volksschichten zu erhalten. Die Volksabstimmung wird erweisen, daß die große Majorität hinter uns steht.

München, Bamberger Hof, 22. Januar.
Charles Rapp, Rene Caesar, Ley Muth.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

WTB. Berlin, 21. Jan. Während der Verhandlungen in Trier über die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens ist zur Frage der Auslieferung von nicht fertigen U-Booten (Artikel 5) folgende Protestnote der deutschen Regierung verlesen worden: Die Note der alliierten Regierungen vom 14. Januar enthält zu Artikel 22 die Forderung, weitere U-Boote auszuliefern. Die Angaben über die Ergebnisse der Besichtigungen der Kontroll-Kommissionen lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß mit diesen U-Booten die Neubauten in vorgeschrittenem Stadium gemeint sind. Der Artikel 22 des Waffenstillstandes spricht von fertigen U-Booten; dort ist mit keinem Wort von U-Bootsneubauten die Rede. Die Einbeziehung der U-Bootsneubauten entspricht auch nicht dem Sinn dieses Vertrages, weil sonst die unvermeidbare Folgerung gezogen werden müßte, daß Deutschland durch den Waffenstillstandsvertrag gezwungen werden sollte, U-Bootsneubauten für seine Kriegsgegner fertig zu bauen. Die Note am 14. Januar verlangt ferner die Zerstörung der nicht abzugebenden U-Bootsneubauten. Dieses Verlangen geht über den Rahmen derjenigen Maßnahmen, die im Waffenstillstand geregelt werden können, hinaus, um einer Regelung im Frieden vorzugreifen. Die in Frage stehenden Neubauten sind Privatbesitz der Bauwerften; der Staat hat in Deutschland gar nicht das Recht, diesen Privatbesitz zu zerstören. Am 11. November ist vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags durch ausdrückliche Anfrage an den Marinebevollmächtigten der Alliierten, Admiral Wemyß, eine Klärung der Bedeutung des Artikels 22 herbeigeführt worden. Admiral Wemyß bestätigte, daß Artikel 22 die Alliierten gegen ein Wiederaufleben des U-Bootkrieges sichern sollte. Es ist nicht einzusehen, wie unfertige U-Boote eine Gefahr für die Alliierten darstellen sollten. Trotz dieses Tatbestandes ist die deutsche Regierung bereit, mit Rücksicht auf die Besürchtung der Alliierten, die den Anlaß zur Aufnahme des Artikels 22 in den Waffenstillstandsvertrag gegeben hat, unverzüglich Anordnungen ergehen zu lassen, alle Neubauten, die in einem so weit vorgeschrittenen Stadium sind, daß ihre Beendigung während des Waffenstillstandes noch in Frage kommen könnte, zurückbauen zu lassen, insbesondere die Antriebsmaschinen sofort aus den Booten entfernen zu lassen. Deutschland ist also zu jedem Opfer bereit, welches sich durch die tatsächlich gegebenen Verhältnisse begründen und verantworten läßt. Die alliierten Regierungen bestehen trotzdem darauf, daß die neuen Forderungen der Note vom 11. Januar aufrecht erhalten werden müssen. Ich lege im Namen der deutschen Regierung schärfsten Protest gegen diese Vergewaltigung ein und erkläre hiermit, daß Deutschland zwar der Gewalt weichen muß, es aber den Alliierten überlassen muß, für die Abholung der unfertigen Neubauten selbst zu sorgen. Die weitere Forderung der Alliierten, die U-Boots-Begleitschiffe und U-Bootbocks abzuliefern, ist weder durch Artikel 22 des Waffenstillstandsvertrags noch durch Kriegsnotwendigkeit begründet. Es ist eine unverhüllte Vergewaltigung, gegen die ich gleichfalls schärfsten Protest einlege. Ich behalte der deutschen Regierung alle Ansprüche aus den entstehenden Schaden ausdrücklich vor. gez. Bansekow, v. Winterfeldt, Oberndorff, Erzberger.

WTB. Berlin, 22. Jan. Der Wert der 500 Lokomotiven und 19 000 Waggons, deren Abgabe wegen unvollkommener Lieferung von Eisenbahnmaterial im Trierer Verlängerungsabkommen Deutschland auferlegt wurde, beträgt 100 Millionen bezw. 209 Millionen Mark. Der Gegenwert der als Ersatz für diese Sonderauflage zu liefernden landwirtschaftlichen Maschinen beträgt 73 Millionen Mark.

WTB. Paris, 22. Jan. Havas. Der Oberste alliierte Rat für die Lebensmittelversorgung hielt unter dem Vorsitz von Hoover am 21. Januar eine Sitzung ab. Der Rat stimmte dem Vorschlage auf Schaffung von Versorgungskommissionen der alliierten Regierungen bei, und zwar in Trier, in Bukarest, in Konstantinopel und in Polen. Nach Anhörung eines Berichtes über die kritische Lage in der Versorgung Polens beschloß der Rat, an Marschall Foch einen Brief zu senden und ihn zu ersuchen, sofortige Maßnahmen nach den Klauseln des Waffenstillstandes zu ergreifen, um über Danzig der Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel zukommen zu lassen. Es wurden Maßnahmen getroffen zur Versorgung Finlands und zur Kontrolle, ob Deutschland seine Verpflichtungen für die Versorgung der russischen Kriegsgefangenen erfüllt.

WTB. London, 22. Jan. Reuter meldet, daß in 2 bis 3 Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es liegt sowohl im Interesse der Menschlichkeit wie der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den hungernden Deutschen bald Hilfe gebracht würde. Wegen der noch nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die alliierten Vertreter in Trier im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um eine Handelsverbindung möglich zu machen. Aber die deutschen Delegierten haben beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage seien, Verbindungen einzugehen. Es sei vereinbart, daß Deutschland eine gewisse Menge Lebensmittel, besonders Weizen, Fett und kondensierte Milch, einkaufen und importieren könne. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der deutsche und britische Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlung treten, bemerkenswert.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 23. Jan. Wie dem Berliner Lokalanzeiger berichtet wird, ist der frühere Hetmann der Ukraine Skoropadski für vogelfrei erklärt worden.

WTB. Libau, 22. Jan. Esthland und Nordlivland sind nunmehr durch das tatkräftige Eingreifen finnischer Freiwilliger fast völlig von den Bolschewicki gesäubert worden. Zuletzt wurden Hungenburg und Narwa genommen. In Narwa soll außer zahlreichem Kriegsmaterial Trotzki, der die Rätetruppen persönlich zum Widerstand aufforderte, in die Hände der Angreifer gefallen sein. Durch das Vordringen der Esthen in Richtung auf Walk sind die rückwärtigen Verbindungen der in der Gegend von Riga stehenden Bolschewicki gefährdet. Trotzdem ist in Kurland noch Libau ernstlich bedroht. Von den in Riga und Mitau zurückgelassenen Vertretern des deutschen Gesandten fehlen jede Nachrichten. Die Bolschewicki haben zahlreiche Personen hingerichtet. In Kurland befinden sich unter ihren Opfern einige Pastoren und der Führer der lettischen sozialdemokratischen Partei.

WTB. Wien, 21. Jan. Auf die wiederholten Proteste der deutsch-österreichischen Regierung wegen Besetzung deutsch-österreichischer Gebiete durch die Nachbarstaaten antwortete die großbritannische Regierung, daß auch nach ihrer Ansicht die Frage der Gebietsabgrenzung Deutsch-Oesterreichs und der angrenzenden Staaten endgültig von der Friedenskonferenz zu entscheiden sein wird. Bis dahin müßten allerdings die Grenzen der tschecho-slowakischen Republik mit den historischen Grenzen der Provinzen Böhmen, Mähren und Oesterreichisch-Schlesien zusammenfallen. Auch aus dieser Mitteilung wird, wie aus den jüngsten Erklärungen der französischen Regierung, geschlossen, daß die maßgebenden Großmächte in der Besetzung deutscher Gebiete keinesfalls ein Präjudiz für deren Zukunft erblicken. Die Hoffnung ist daher wohl begründet, daß der Friedenskongreß sich nur von dem Gedanken der Gerechtigkeit und Sicherung des Weltfriedens leiten lassen wird. Er wird daher entsprechend dem Standpunkt Wilsons in erster Linie den Willen der Völker berücksichtigen und diesen durch Volksabstimmung unter neutraler Leitung und Aufsicht wahrheitsgetreu ermitteln lassen.

WTB. Wien, 21. Jan. Die seit Monaten in Wien tagende russische Kommission, der angeblich die Durchführung der Heimschaffung der russischen Kriegsgefangenen aus Oesterreich oblag und anfangs aus 22 Delegierten bestand, sich aber durch Werbung notorisch bolschewistischer Elemente bedeutend vergrößerte, verließ gestern Wien, nachdem ihr unzweideutig von den Behörden klargestellt war, daß für die russische Kriegsgefangenenkommission in Deutsch-Oesterreich kein Arbeitsfeld mehr vorhanden sei. Mehrere Mitglieder dieser Kommission waren in den letzten Tagen verhaftet und ausgewiesen worden. Der Führer der Kommission, der Moskauer Arzt Bermann, sowie mehrere Hauptagitatoren wurden auf ihrer Reise in Budapest und Prag auf Veranlassung des Kommandos der En-

stentetruppen verhaftet. Das Komitee unterhielt eine Druckerei zur Herstellung bolschewistischer Zeitungen und Druckschriften. Diese wurde aufgehoben. Weiter wurden ziemlich große Bekleidungsvorräte sowie etwa eine Million Kronen beschlagnahmt, die der dänischen Mission zur Verwendung für russische Fürsorgezwecke überlassen wurden.

WTB. Innsbruck, 21. Jan. Die Tiroler Landesversammlung nahm zu Beginn der gestrigen Sitzung einen von allen Parteien eingebrachten Antrag einstimmig an, in dem es heißt: Wir Tiroler erklären, daß wir unter gar keinen Bedingungen in die Abtretung des deutschen Südtirols einwilligen, daß wir lieber alle auch die schwersten Opfer bringen, bevor wir auf die Zusammengehörigkeit mit unseren Brüdern in Deutsch-Südtirol verzichten. — Die Landesregierung wurde beauftragt, in entschiedener Weise diesem Standpunkt Geltung zu verschaffen.

WTB. Graz, 20. Jan. General Meister in Marburg teilte der steiermärkischen Landesregierung mit, daß er infolge des in Lontschach bei Marburg erfolgten Angriffes einer deutsch-österreichischen Patrouille gegen die dortige jugoslavische Besatzung die Volkswehrtruppen nicht mehr als Soldaten anerkennen könne und sie daher, wenn er ihrer habhaft würde, als Bandenmitglieder standrechtlich werde behandeln lassen. Sollten jugoslavische Truppen gezwungen sein, besetzte Gebiete zu räumen, so würden sie vorher die in Betracht kommenden Städte Märkte und Ortschaften in Brand stecken. Gegen diese Repressalien wurde entschieden Verwahrung eingelegt und ihre Außerkraftsetzung verlangt. Das Volkswehrkommando hat das Staatsamt des Aeußern gebeten, die Angelegenheit in zwischenstaatlichem Wege zu regeln.

WTB. Kopenhagen, 21. Jan. Die Zeitung „Klokkenfem“ schreibt: Während des Krieges schrie die Ententepresse täglich auf über die deutsche Barbarei im Gegensatz zu der hohen Zivilisation und Gerechtigkeit, die die Westmächte vertreten. Seit Kriegsschluß hörte man davon weniger; statt dessen beginnen die Alliierten aber mit Taten, die in traurigem Gegensatz zu den schönen Redensarten stehen. Alles, was bis jetzt geleistet wurde, wird ganz in Schatten gestellt durch die unmenschlichen Waffenstillstandsbedingungen, die jetzt Deutschland gestellt werden, indem man verlangt, Deutschland sollte Geräte liefern, mit denen man seinen Boden bestellt. Man kann schwer unmenschlichere Bedingungen gegenüber einem wehrlosen Volk ausarbeiten. Die Folge dieser Behandlung wird Deutschlands vollständige Vernichtung und der Sieg des Bolschewismus in diesem Lande sein. Frankreich, das jetzt Deutschland diese Bedingungen diktiert, wird zeitig genug dieses Auftreten bereuen; denn siegt der Bolschewismus in Deutschland, bleibt er nicht am Rheine stehen. Das kann man sicher sein!

WTB. Stockholm, 20. Jan. Wie das jüdische Pressebüro in Stockholm meldet, hat Wilson den Zionistenführer Weizmann empfangen und hat ihm in längerer Unterredung versichert, daß er die Errichtung eines territorial vollständigen und freien jüdischen Palästinas unterstützen werde. Der Pariser Korrespondent der „Times“ drahtete gleichzeitig, daß die zionistische Sache in den letzten Tagen bedeutende Fortschritte mache.

Die Lage im deutschen Osten.

WTB. Posen, 22. Jan. Durch Verfügung des Obersten polnischen Volksrates wurden sämtliche den Jahrgängen 1897, 98 und 99 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militärdienst zu stellen.

WTB. Thorn, 22. Jan. Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen Linie zum Stehen gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg in ihrem Vorrücken steckengeblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des versteckten und in jeder Weise gutorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Eine monarchische Bewegung in Portugal.

WTB. Madrid, 22. Jan. Havas. An der Grenze aus Porto eingetroffene Telegramme zufolge wurde am Montag vor dem Stadthause die Monarchie mit dem König Emanuel proklamiert.

WTB. Lissabon, 22. Jan. Reutermeldung. Vier Kriegsschiffe sind nach Oporto abgegangen, dessen strenge Blockade angeordnet wurde. Die Reservisten der ersten und vierten Division wurden wieder zur Dienstleistung einberufen. Die Truppen der Garnison von Lissabon, die Marine und die republikanische Garde erklärten sich für die Regierung.

WTB. Tuy, 22. Jan. Havas. Der Platz Valencio do Dinho hat sich gestern früh den Monarchisten ergeben. In Porto brachen 1500 Mann Infanterie und Kavallerie ein, unter denen sich auch zahlreiche bewaffnete Bürger befanden, meistens junge Leute. Der Zug rückte unter den Klängen des Königsmarsches ein. Vor der Kaserne wurde die Proklamation der Monarchie verlesen. Auf dem Palais des Königs wurde die blauweiße Flagge gehißt. Die republikanische Flagge wurde öffentlich verbrannt.

Arbeiterbewegung.

WTB. Halle, 21. Jan. Am Montag abend kam es zu großen Demonstrationen, bei denen die Bergarbeiter besonders stark vertreten waren. Von einem Redner wurde, wie die „Saale-Zeitung“ berichtet, mitgeteilt, daß der Bergbaubetrieb unter die Kontrolle des Bezirks-Arbeiter- und Soldaten-Rates in Merseburg gestellt sei u. daß die Belegschaften den Generalstreik beschlossen hätten für den Fall, daß die Sozialisierung des Bergbaues auf irgendwelchen Widerstand stoße und die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske nicht abdanken sollte. — Seit gestern streiken auf dem hiesigen Rangierbahnhof die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn. Es verkehren keine Güterzüge über den Bahnhof Halle; auch Eilgüter werden nicht befördert. Wie es heißt, betreffen die Forderungen vor allem die sofortige Entfernung eines mißliebigen Rechnungsrates, ferner die Aussperrung der Streikbrecher vom Dienste auf 14 Tage ohne Entschädigung.

WTB. Berlin, 21. Jan. Infolge des Ausstandes der Elektrizitätswerksarbeiter erlosch heute abend halb 9 Uhr, auch im WTB., das elektrische Licht, sodaß sämtliche Betriebe mit einem Mal verdunkelt waren. Die Unterbrechung der Arbeit dauerte aber nur kurze Zeit. Mit Hilfe rasch herbeigeholter Petroleumlampen und Kerzen war eine, allerdings nur notdürftige, Beleuchtung möglich. In einem dem Büro gegenüberliegenden Gasthaus mit Gaslicht wurde eine fliegende Redaktion eingerichtet. Neben Gästen, die den Abend bei Glühpunsch oder Bier verbrachten, klapperten bald die Schreibmaschinen, eilten Boten mit den neuesten Depeschen herbei und liefen andere mit den nach außerhalb bestimmten Telegrammen hinaus zu der im Büro verbliebenen Expedition, wo die Vervielfältigung und Versendung beim Schein flackernder Kerzen und altväterlicher Petroleumlampen vor sich ging.

WTB. Berlin, 22. Jan., 6 Uhr abends. In dem Elektrizitätsarbeiterstreik ist soeben eine Einigung zustandegekommen. Berlin kann in kurzer Zeit mit dem Wiederbeginn der elektrischen Beleuchtung und für den späteren Abend mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs rechnen.

Dresden, 22. Jan. (Privattelegramm.) Heute wurden abermals zahlreiche sächsische industrielle Werke wegen des Kohlenmangels stillgelegt.

Ein Protest gegen die neuen Bestimmungen des Waffenstillstandes.

WTB. Hamburg, 21. Jan. An der Börse fand gestern nachmittag eine von über 5000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die neuen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages statt, in der Geheimrat Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mitteilte, daß an den zuständigen Stellen im Reiche telegraphisch Verwahrung eingelegt sei und die dringende Bitte ausgesprochen wurde, von der Ratifizierung des Abkommens durch die Regierung Abstand zu nehmen, weil das Abkommen nicht nur die Interessen der deutschen Schiffahrt, sondern auch das Interesse des ganzen deutschen Volkes für immer gefährde. Durch diese Vereinbarung werde der Reederei jede Mitwirkung beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich gemacht, die deutsche Flagge vom Meere verbannt und die deutsche Besatzung nur durch die Gnade der Feinde zugelassen. Richard C. Krogmann schloß sich namens der Handelskammer dem Protest an. Paul Müller, der Führer der deutschen Seeleute, bezeichnete das Abkommen, das die deutschen Schiffe der Entente ausliefere, als Gewaltakt, wogegen er namens der gesamten Seeschiffahrt Deutschlands Protest einlege. Auch als Sozialist erhebe er Protest, weil in diesem Punkte die kapitalistischen und proletarischen Interessen übereinstimmten. In dieser Frage gäbe es keine Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, denn das Verlangen der Entente laufe auf Beseitigung des deutschen Wettbewerbs für alle Zeiten hinaus. Die deutschen Seeleute lehnen es ab, das Gnadenbrot der Entente zu essen und unter fremder Flagge zu fahren. Er richtete seinen Protest auch an die deutsche sozialistische Regierung, um diese moralisch zu verpflichten, unter keinen Umständen den Vertrag zu ratifizieren. Im Interesse unserer Zukunft müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Seeschiffahrt einmütig dem Protest anschließen. (Tosender Beifall.) Neben dem Protest des Vereins der Hamburger Reeder sind auch von jeder einzelnen deutschen Schiffahrts-Gesellschaft an das Reichswirtschaftsamt, das Auswärtige Amt sowie an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin telegraphisch Protest-Kundgebungen abgegangen.

Reichsregierung und Arbeitslose.

Gelegentlich des Empfangs einer Arbeitslosen-Abordnung durch den Staatssekretär des Reichs-Demobilmachungsamts, Dr. Koeth, in der ersten Hälfte des Januars kamen eine Reihe von Forderungen der Arbeitslosen zur Verhandlung, die auch für die Verhältnisse Oberbadens von wesentlichem Belang sind.

Es wurde zunächst Klage darüber geführt, daß die Arbeitsnachweise bisher nicht in der Lage sind, über die Lebensverhältnisse an Orten, wohin sie Arbeit vermitteln, Auskunft zu geben. Dies wäre aber oft von ausschlaggebender Bedeutung für diejenigen großstädtischen Arbeiter, die gewillt sind, dem Mahnruf aufs Land zu folgen, aber begreiflicherweise zunächst wissen möchten, wie sich die Kaufkraft ihres Lohnes zu den örtlichen Wohn- und Lebensverhältnissen auf dem Lande verhält. Es wurde für Berlin eine paritätisch aus Vertretern des Demobilmachungsamts und der Arbeiter zusammengesetzte Kommission gewählt, welche die Oertlichkeiten, die Notstandsarbeiten bereitgestellt haben, besichtigt, um Auskunft über die dortige Lage geben zu können.

Ferner wurde zugestanden, daß bei Notstandsarbeiten nicht mehr, wie bisher, nur jüngere und kräftige Leute, sondern auch ältere Personen und Familienväter berücksichtigt werden. Für Arbeiten unter freiem Himmel wurde Bereitstellung von ausreichender Bekleidung, insbesondere Schuhwerk, gefordert, was allerdings angesichts des Mangels an Rohstoffen und der Verschleuderung öffentlichen Eigentums nur in geringem Maße in Aussicht gestellt werden konnte. An Fußbekleidung können voraussichtlich nur Holzschuhe geliefert werden.

Hinsichtlich der Frauenarbeit wurde verlangt, daß die Ersetzung der weiblichen Arbeitskräfte durch männliche besonders bei den Verkehrseinrichtungen beschleunigt werde. Nur Frauen, die vor dem Kriege schon beruflich tätig waren oder jetzt als alleinige Ernährer ihrer Familien in Betracht kommen, sollen in ihrer Tätigkeit belassen werden. Der Staatssekretär erklärte, daß diese Forderung sich mit den bisherigen Bemühungen des Demobilmachungsamts decke.

Vermischte Nachrichten.

WTB. Kassel, 21. Jan. Hier ist durch einen Akt von Sabotage, offenbar von rachsüchtigen Angestellten im Rathaus begangen, einigen tausend Wählern die Ausübung des Wahlrechts am Sonntag nicht möglich gewesen, da sich bei der Wahl herausstellte, daß aus den Wahllisten eine Anzahl Seiten herausgerissen waren. Wahrscheinlich werden die so Benachteiligten in den nächsten Tagen wohl Gelegenheit erhalten, ihr Wahlrecht nachträglich auszuüben.

— Ein peinlicher Zwischenfall passierte kürzlich dem ehemaligen Volksbeauftragten, jetzigen Wanderredner Barth aus Berlin auf dem Hauptbahnhof Karlsruhe. Barth reiste auf einen Freifahrtschein 1. Klasse, der ihm noch in seiner Eigenschaft als Mitglied der Volksregierung ausgestellt worden war, obgleich er wissen mußte, daß ihm natürlich mit der Niederlegung seines Amtes auch die Befugnis, den Freifahrschein zu benutzen, nicht mehr zustand. Die Berliner hatten anscheinend keine Courage, ihn dessen zu belehren, bei uns im biederen Karlsruhe aber verstand man darin keinen Spaß, nahm Barth seinen schönen Freifahrtschein ab und ließ ihn die stattliche Zahl von Eisenbahnkilometern, die er hierher erster Güte „schwarz“ zurückgelegt hatte, nachbezahlen. Das mag ein schön enttäuschtes Gesicht gegeben haben — armer Barth!

— Nach Schuldigen am Kriege suchen deutsche Sozialisten, indem sie die Regierungsarchive durchstöbern. Welch kurzsichtige Leute! Als ob dieser Weltkrieg von einzelnen Männern gemacht worden wäre! Glücklicherweise gibt es auch unter den Sozialdemokraten Leute, die die wirkliche Ursache dieses Krieges erkennen. In einer Wählerversammlung in Meißen verwahrte sich der Mehrheitssozialist und jetzige sächsische Kultusminister Buck dagegen, Deutschland etwa allein die Schuld am Kriege zuzuschieben. Die Entwickelung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt habe auf einen Weltbrand hingedrängt, der, wäre er nicht schon 1914 ausgebrochen, mit Sicherheit einige Jahre später unvermeidlich gewesen wäre. — Auch die Unabhängigen waren einst gerechter in ihrem Urteil als jetzt, wo das Unglück über Deutschland hereingebrochen ist. Die „Leipz. Volksztg.“ schrieb am 25. August 1914: „Wenn jetzt die Chauvinistenblätter in Paris und London ihren Lesern erzählen, die Deutschen hätten planmäßig in voller Absicht das nicht gerüstete Frankreich überfallen, so empfinden wir das als eine verbrecherische Hetze.“

Kein Erlaß gegen das Hamstern.

WTB. Berlin, 21. Jan. Das Reichsernährungsamt teilt u. a. folgendes mit: Die Darstellung der „Tägl. Rundschau“ in Nr. 32 über eine amtliche Verordnung, durch die dem Hamstern ein gründliches Ende bereitet werden soll, ist, wie sich aus der in ihr enthaltenen Aufforderung zur Abgabe eines nationalen Stimmzettels ergibt, eine Wahlmache. Durch die Mitteilungen aus dem Reichsernährungsamt vom 19. Dezember 1918 ist die Presse eingehend über diese Vorschriften unterrichtet worden und hat damals die Richtlinien des Reichsernährungsamts fast durchgehend gebilligt u. jetzt die T. R. diesen Erlaß mit nationalem Stimmenfang in Verbindung setzt, so ist die Absicht leicht erkennbar.

Sinkende Arbeitsleistung.

Die Forderung des achtstündigen Arbeitstages ist nicht nur aus dem Bestreben des gewerblichen Arbeiters erwachsen, sich einen größeren Anteil am Lebensgenuß zu sichern, sondern auch aus der Einsicht, daß die aufs höchste gesteigerte Intensität des modernen Arbeitsprozesses eine vorzeitige Erschöpfung der Schaffens- und Leistungskraft des Arbeiters, des wichtigsten Faktors im Produktionsprozeß, zur Folge hat, wenn nicht seine Dauer entsprechend eingeschränkt wird. Der Zweck der verkürzten Arbeitszeit ist also keineswegs, die Arbeitsleistung in ihrer Gesamtheit herabzusetzen, sondern im Gegenteil sie zu erhalten und zu steigern.

Diese Tatsache verdient gerade jetzt, weiten Kreisen der Arbeiterschaft in Erinnerung gebracht zu werden, bei denen sich eine entgegengesetzte Tendenz zeigt. Es ist nicht zu leugnen, daß sich vielerorts ein Mangel an Arbeitswillen zeigt, der die Arbeitsleistung des Einzelnen wesentlich beeinträchtigt und bei dem heutigen Zustand unserer Volkswirtschaft doppelt verhängnisvoll wirkt.

So bleibt z. B. die Kohlenförderung wesentlich hinter der Normalleistung zurück, worunter die gesamte Industrie und schließlich der Haushalt jedes Einzelnen empfindlich leidet. Die Ursache kann nicht allein darin gefunden werden, daß die Arbeitskräfte fehlen oder beruflich nicht genügend ausgebildet sind, sondern auch die Leistung des einzelnen Arbeiters bleibt hinter dem Maße seines wirklichen Könnens beträchtlich zurück. Aehnlich liegen die Verhältnisse in anderen Industrien. Um nur ein besonders krasses Beispiel anzuführen sei erwähnt, daß in einer sehr großen Lokomotivfabrik in der Nähe Berlins, die vor dem Kriege jeden Tag eine Lokomotive fertigstellte, im Monat Dezember auch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden ist. Dabei hat der Betrieb Aufträge, die die volle Ausnutzung seiner Leistungsfähigkeit ermöglichen würden und ist auch mit Rohstoffen ausreichend eingedeckt.

Die Folgen liegen für jedermann klar: Durch die Waffenstillstandsbedingungen sind wir plötzlich eines sehr großen Teils unseres Lokomotivparkes beraubt worden; andererseits läßt sich die Verteilung der Rohstoffe auf die Industriebezirke und die Zufuhr von Lebensmitteln nach den Großstädten nur ermöglichen, wenn die Verkehrsmittel unausgesetzt leistungsfähig erhalten und vermehrt werden. Von den Verkehrsmitteln werden Höchstleistungen verlangt; versagt hier der gute Wille des Einzelnen, so fallen alle Vorbedingungen für die Betätigung der Industrie, für die Beschäftigung der arbeitslosen Massen und für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln. Der Arbeiter, der hier glaubt, durch Lässigkeit sein persönliches Dasein angenehmer und behaglicher zu gestalten, würde bald unter den Folgen seines mangelnden Arbeitswillens am schwersten zu leiden haben.

Wir sind arm geworden an Gütern; wir müssen wieder reich werden. Die Quelle alles gesellschaftlichen Reichtums ist aber die menschliche Arbeit. Darum müssen wir arbeiten, um so viel Güter zu erzeugen, als möglich. Arbeiten müssen wir, allerdings unter möglichst günstigen Bedingungen (dafür hat die soziale Gesetzgebung zu sorgen), aber unter voller Ausnutzung unserer Zeit und unserer Arbeitskraft, damit trotz der verkürzten Arbeitszeit die Gesamterzeugung an Gütern nicht geringer werde, sondern wachse.

Demobilisierte Militärpersonen in der neutralen Zone.

oc. Mannheim, 22. Jan. Die Mitteilung, daß nach einer Verfügung des Marschalls Foch demobilisierte Militärpersonen sich nur dann in der neutralen Zone aufhalten dürfen, wenn sie dort schon vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz gehabt haben, hat besonders hier in Mannheim zu großen Besorgnissen Anlaß gegeben. Für viele hundert Auslandsdeutsche, welche sich bei Kriegsausbruch im deutschen Vaterland — aus Italien, England, Amerika, Frankreich und Afrika herüberkommend — zu den Waffen gemeldet haben und bei der Ausweisung aus dem Elsaß und nunmehr aus der neutralen Zone ebenfalls und abermals heimatlos geworden sind, enthält die neueste Verordnung der Entente eine außerordentliche Härte. Die badische vorläufige Volksregierung hat bereits alle Schritte getan und von französischer Seite wurde eine alsbaldige Nachprüfung der vorgetragenen Wünsche in Aussicht gestellt.

Aus Anlaß dieser schwerwiegenden Verfügung des Marschalls Foch fand in Mannheim am Montag abend beim Moltke-Denkmal eine Demonstration statt, an der sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge beteiligte; besonders waren es junge Leute, Männer und Familienväter, welche von der Ausweisung aus der neutralen Zone betroffen wurden. Von den Stufen des Moltke-Denkmals sprachen mehrere Redner, zum Teil in sehr erregten Reden, gegen die Verfügung.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist die Verfügung des Oberkommandos der Alliierten über den Aufenthalt demobilisierter Militärpersonen in der neutralen Zone völlig unerwartet hier eingetroffen. In Karlsruhe wußte man überhaupt nichts davon.

Aus Baden.

Kohlen- und Lichtersparnis in Büros und Gewerbebetrieben.

oc. Karlsruhe, 20. Jan. Die vor einigen Tagen schon angekündigte Verordnung des Staatskommissars für die Demobilmachung über die Ersparung von Heiz- und Beleuchtungsmitteln wird in dem eben erschienenen Badischen Gesetzes- und Verordnungsblatt veröffentlicht und tritt am Montag, den 20. Januar, in Kraft. In Ergänzung der ersten kurzen Mitteilung seien aus der neuen Verordnung noch folgende Bestimmungen mitgeteilt:

In allen gewerblichen Betrieben, die Kohlen oder Koks zu anderen Zwecken als zur Beheizung der Arbeitsräume, im besonderen zur Erzeugung motorischer Kraft oder von Dampf für Koch- und Trockenzwecke verwenden, darf die wöchentliche Arbeitszeit höchstens 32 Stunden betragen. Die tägliche Arbeitszeit in allen nicht behördlichen Büros beträgt höchstens 8 Stunden. Die behördlichen Büros können ihre Arbeitszeit selbst festsetzen. Bei notwendig werdenden Lohnverkürzungen erhalten die betreffenden Arbeiter Erwerbslosen-Unterstützung. Für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, für Verkehrsanstalten, auch für Bäckereien gelten diese Bestimmungen nicht. Ausnahmen von diesen Vorschriften können in dringenden Fällen vom Demobilmachungs-Ausschuß bewilligt werden.

Landesversammlung der badischen gewerblichen Fachverbände.

oc. Karlsruhe, 22. Jan. Am nächsten Sonntag, den 26. ds. Mts., findet hier im kleinen Rathaussaal unter dem Vorsitz des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen eine Versammlung sämtlicher gewerblicher Fachverbände Badens statt, in welcher zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des gesamten badischen Handwerks und Gewerbes geschritten werden soll. Die zu schaffende einheitliche Zentralorganisation bezweckt, dem Handwerker- und Gewerbestande die Stellung im neuen Volksstaat in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung einzuräumen, die er beanspruchen kann. Durch sie soll auch eine Zersplitterung und Arbeitsvergeudung vermieden werden, was bisher leider im badischen Handwerkerstande nicht der Fall war. Ein restloser und machtvoller Zusammenschluß des gesamten organisierten badischen gewerblichen Mittelstandes ist daher nur zu wünschen.

Proteste gegen die Ausweisung aus der neutralen Zone.

oc. Mannheim, 21. Jan. Von Kriegsteilnehmern, welche vor dem 1. August 1914 nicht hier ansässig waren, ist an den Staatssekretär Erzberger ein Telegramm gerichtet worden, in welchem gegen den (von uns bereits veröffentlichten) Erlaß betreffs Ausweisung der Kriegsteilnehmer aus der neutralen Zone, die vor dem 1. August 1914 daselbst nicht ansässig waren, protestiert und die Bitte ausgesprochen wird, die deutsche Waffenstillstandskommission möge auf Aufhebung dieses Erlasses der Entente dringen, da dadurch viele Verheiratete schwer getroffen und heimatlos werden. Auch die Stadtgemeinde Mannheim hat ein Gesuch um Aufhebung und, wenn dies nicht angängig sein sollte, um Milderung der Bestimmungen durch die Volksregierung in Karlsruhe bei der Waffenstillstandskommission einreichen lassen. Die Vereinigung aller dem kaufmännischen und technischen Berufe angehörigen Standesgenossen haben sich dem Protest angeschlossen.

WTB. Karlsruhe, 22. Jan. Die Verhandlungen der vorläufigen Volksregierung mit dem französischen Abschnittskommandeur haben zu dem Ergebnis geführt, daß alle Personen, die vor dem 1. Januar 1919 in der neutralen Zone waren, auch fernerhin dort verbleiben dürfen. Die Bestimmung, daß wehrpflichtige Personen die neutrale Zone verlassen müssen, bezieht sich nur auf diejenigen, die nach dem 1. Januar 1919 in die neutrale Zone zugezogen sind. Aber auch hier werden noch gewisse Ausnahmen zugelassen werden.

oc. Karlsruhe, 22. Jan. Vor den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung war auch in Baden von einer Verbindung der Listen unter den bürgerlichen Parteien die Rede. Der „Badische Beobachter“ schreibt nun, wenn man sich die Frage stelle, wie das Wahlresultat aussehen würde, wenn etwa die Verbindung der Listen der nichtsozialdemokratischen Parteien erfolgt wäre, so lautet die Antwort: Es wäre genau so ausgefallen, wie jetzt ohne Verbindung der Listen. Die Stimmenzahlen ergeben bei der Verteilung keine derartigen Reste, daß aus den Restzahlen noch Mandate herauszuzählen wären, vielmehr ergibt sich die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien ohne weiteres.

oc. Karlsruhe, 22. Jan. Der Wahlprüfungsausschuß der badischen Nationalversammlung hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab. Zunächst beschäftigte sich der Wahlausschuß mit den eingegangenen Wahlprotesten im 2. Wahlkreis Freiburg. Es lag ein Wahlprotest der Unabhängigen Sozialdemokraten vor, dahingehend, daß in Offenburg am Wahltag zu große Sicherheitsmaßnahmen (Aufstellung von Maschinengewehren usw.) getroffen waren, und ein Wahlprotest der Mehrheitssozialisten, daß sich in einer Gemeinde ein katholischer Geistlicher im Wahllokal betätigt habe. Der Wahlprüfungsausschuß kam zu dem Resultat, die Wahl im 2. Wahlkreis für unbeanstandet zu erklären. Es folgte die Beratung über die beanstandete Gültigkeit der Wahlen im 4. Wahlkreis Mannheim. Bekanntlich sind dort über 1000 der deutsch-nationalen Volkspartei zugefallene Stimmen für ungültig erklärt worden. Die Beschlußfassung wurde ausgesetzt, da sich noch die Fraktionen darüber aussprechen sollen.

oc. Mannheim, 22. Jan. Wir erhalten folgende Mitteilung: Dieser Tage hat hier eine rege Aussprache unter Anhängern der ehemaligen nationalliberalen Partei stattgefunden. Sie führte zu dem einmütigen Entschluß, einen Verein der Deutschen (liberalen) Volkspartei zu bilden. Da auch Vertreter aus anderen Städten zugezogen waren, ist die Bildung einer Landespartei in Aussicht genommen. Die Partei will die Vertretung der alten liberalen und nationalen Traditionen im politischen Leben sein. Zuschriften sind zu richten an Herrn Hauptlehrer Rümmele, S. 6. 20, und Fräulein Dr. Bernays, Goethestraße 10, beide in Mannheim.

oc. Mannheim, 22. Jan. Ein böser Lehrlingsstreich führte elf junge Leute vor die Strafkammer. Zwei Lehrlinge einer hiesigen Druckerei hatten sich in den Besitz von Papier und Druckfarbe gesetzt und fälschten Brotkarten, die an andere Lehrlinge abgesetzt wurden. Der Hauptangeklagte erhielt 7 Monate Gefängnis, die beiden Druckerlehrlinge je 5 Monate Gefängnis, während die anderen Angeklagten niederere Strafen erhielten, zum Teil auch aufgrund der letzten Amnestie freigesprochen wurden.

oc. Friedrichsfeld bei Mannheim, 22. Jan. Wie der „Schw. Zeitung“ berichtet wird, ist hier wiederum die Frage des Anschlusses der Gemeinde Friedrichsfeld an die Stadt Mannheim in Fluß gekommen. Sollte sich die Eingemeindung nach Mannheim nicht durchführen lassen, so will Friedrichsfeld zum mindesten eine Grenzverbesserung fordern, da es durch seine jetzigen Grenzen außerordentlich stark eingeengt und in jeder Fortentwicklung behindert ist.

oc. Kehl, 22. Jan. In Bodersweier ist ein neuer Pockenfall aufgetreten. Die Frau des kürzlich an Pocken verstorbenen Karl Kropp ist nun ebenfalls erkrankt. Die Einwohnerschaft des Bezirks dürfte sich nun einer Schutzimpfung zu unterziehen haben. — Die Holzbude auf der Rheinbrücke, in welcher die Untersuchung der Ausgewiesenen vorgenommen wurde, ist niedergebrannt.

Ergebnis der Wahl im Amtsbezirk Breisach.

Ort	Zentrum	Dem.	D.-Natl.	Sozialdem.
Breisach-Hochstetten	697	330	78	409
Burkheim	185	83	—	62
Achkarren	277	12	—	29
Bickensohl	—	122	30	47
Bischoffingen	—	222	33	28
Gottenheim	353	85	2	192
Grezhausen	38	4	—	—
Gündlingen	240	8	—	14
Jechtingen	249	21	—	61
Ihringen	28	548	302	423
Kiechlinsbergen	278	26	—	34
Königschaffhausen	4	250	86	83
Leiselheim	—	171	20	22
Merdingen	397	25	—	105
Niederrimsingen	178	3	—	88
Oberbergen	303	11	—	7
Oberrimsingen	268	6	—	22
Oberrotweil	214	232	4	191
Sasbach	261	28	—	89
Schelingen	114	2	—	9
Wasenweiler	267	7	—	53
	4451	2136	556	1928
	(4292)	(2247)	(790)	(1987)

Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten das Ergebnis der badischen Nationalwahlen am 5. Januar 1919.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 23. Jan. Aus den Stallungen der Müllerschen Dampfziegelei wurde vor einigen Tagen ein dort untergebrachtes Militärpferd gestohlen, ohne daß es bisher gelang, den Verbleib desselben und den Täter zu ermitteln.

Die kaufmännischen Angestellten und die neue Zeit. (Eingesandt.) Die Revolution des 8. November vorigen Jahres hat vornehmlich in den arbeitnehmenden Schichten der Bevölkerung eine starke und nachhaltige Wirkung ausgeübt. Sie war ja nicht nur eine politische, sondern mehr noch eine soziale. Sie war der Befreiungskampf der Arbeiterklasse und es darf nicht wundernehmen, wenn die Angestellten ebenfalls in allen Schichten von der Bewegung heftig ergriffen wurden. Sie haben ebenfalls um die wirtschaftliche Besserstellung und um die Anerkennung der sozialen Gleichberechtigung harte Kämpfe geführt. Wenn sie nicht alle Hoffnungen erfüllt sahen, so lag dies zum großen Teil an der Gleichgültigkeit der Angestellten, denn es waren bisher nur 45 Prozent organisiert, während die Arbeiterschaft bis zu 80 Prozent der Arbeiter umfaßt hatte. Die Umwälzung hat die Angestellten aufgerüttelt, nachdem die langen Kriegsjahre ihnen die unerbittliche Wahrheit gezeigt haben, daß ohne machtvolle Organisationen für die Gesamtheit des Standes und somit auch für den Einzelnen nichts Positives und Dauerndes geschaffen werden kann. Was die Arbeiter erreicht haben, verdanken sie dem Zusammenschluß in den Gewerkschaften und ihrer tätigen Anteilnahme am öffentlichen politischen Leben. Eins ohne das andere ist unmöglich, beides sind notwendig, wenn die Angestellten für sich etwas erreichen wollen. Und alle sozialen Gesetze, die uns der neue Volksstaat bringen wird, bleiben inhaltsleer, wenn nicht die Gesamtheit der Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte, sie mit ihrem Geist erfüllen, wenn sie zeigen, daß sie machtvoll und geschlossen dahinter stehen und gewillt sind, für die Durchsetzung ihrer Forderungen auch kraftvoll einzutreten. Der Dornröschenschlaf ist vorüber. — Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kreisverein Emmendingen, veranstaltet daher am Freitag, den 24. Januar 1919, abends 8 Uhr, im kleinen Kartensaale der Brauerei Bautz eine öffentliche Versammlung, in der Herr W. Hahn-Mannheim über das Thema „Kaufmännische Angestellte und Revolution. Was erwarten wir vom neuen Deutschland?“ sprechen wird. Alle Privatangestellten — Herren und Damen — sowie deren Angehörige sind zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen.

oc. **Lehrbataillone des badischen Volksheeres.** Es besteht vielfach die Ansicht, daß in nächster Zeit auch im badischen Oberlande Lehrbataillone des badischen Volksheeres aufgestellt würden. Wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, beabsichtigt die Regierung außer den bereits zur Aufstellung bestimmten Bataillonen in Heidelberg und Bruchsal vorläufig keine weiteren Bataillone zu errichten.

∴ Aus dem Lehrerstande, 20. Jan. Die Weihnachtssammlung der bad. Lehrer zur Unterstützung von armen Lehrerswitwen hat den Betrag von 5570,18 Mark ergeben und wurden 155 Bittgesuche berücksichtigt. — Die im Dezember 1918 abgehaltene außerordentliche Dienstprüfung haben 73 Kandidaten bestanden, darunter Paul Klingler von Bleibach, Karl Wehrle von Oberwinden und Helmut Rübling von Denzlingen.

Der lange Kerl.

Roman von A. von der Elbe

(65. Fortsetzung.)

Freudig bewegt machte sich Johannes unter des Bruders Beistand ans Werk und wechselte die Kleider.

Benommen von dem eben Erlebten, vermochte er sein Glück noch nicht zu fassen. Wie geblendet vom Sonnenglanz der Freiheit, die ihm herüberschimmerte, traute er kaum seinen Augen. Die trübe Nacht seines Daseins und seiner vernichteten Lebenshoffnungen war gar zu schwarz und aussichtslos gewesen, konnte es wirklich möglich sein, daß es wieder Tag um ihn werde?

„Aber was soll weiter mit mir geschehen?“ fragte er, „dies ist alles ganz wider Verhoffen.“

„Wie der Junker uns hinaus und über alle Berge schaffen will, weiß ich nicht, man hat aber einen Plan. Und heute noch muß es geschehen, die Kriegserklärung an Hannover ist erfolgt, wie mein Herz sagt, und in den nächsten Tagen rücken die Truppen aus.“

„Bei der großen Affäre wird man mich vergessen.“

„Und etwas Vorsprung mag uns salvieren.“

Die Brüder blieben beisammen, sie waren überwältigt von Freude über die bis so weit gelungene Flucht und gespannt, was der kommende Tag ihnen bringen werde. Sollte es wirklich die Rettung, die Freiheit sein?

Einige Stunden später stand ein junger Mensch im blauen Leinenkittel, mit offenem, verständigem Gesichte vor Armand und seiner Mutter.

Es war Bartel Meinecke, der Jugendgespiele des Junkers vom Gute Lindenhof, der Sohn des Verwalters, dem Armand befohlen hatte, selbst und allein mit der monatlichen Lieferung an Fourage nach Berlin zu kommen.

Für diese Naturalienzufuhr vom Gute hatte der immer beschäftigte Revisionsrat de Soubiron zum Gebrauch für seine Familie eine Anzahl von Passierscheinen anfertigen lassen, die er unterschrieben und mit seinem Amtssiegel versehen hatte. Gewöhnlich kamen zwei Knechte mit der Fuhre, besonders zur Hilfe auf der Elbfähre, diesmal war Meinecke, dem Gebote des jungen Herrn folgend, allein auf die Reise gegangen und gestern abend glücklich angelangt.

„Nun hör Er mal zu, Bartel,“ sagte Armand mit nachdrücklichem Ernst, „ich habe eine Kommission für Ihn. Mit Ihm soll in der nächsten halben Stunde ein junger Mensch abfahren. Er bekommt Passierzettel für sich und einen Knecht, damit läßt die Wache Ihn wie bisher aus dem Brandenburger Tore hinaus. Ist Er durch Charlottenburg, so hält Er bei dem kleinen Tannenkampe rechter Hand an und wartet, bis unsere Kutsche arriviert. Das Weitere wird die Frau Marquise, die in der Kutsche sitzt, Ihm eröffnen. Und nun denke Er an unsere Jugendfreundschaft und mache Er seine Sache gut.“

„Der Junker soll zufrieden sein. Ich tue, was ich kann.“

Armand reichte dem treuherzigen Gesellen die Hand, und Bartel Meinecke ging hinunter, um seine Gäule vor den Leiterwagen zu spannen.

Gleich darauf trat Lukas ein, er trug auch einen blauen Leinenkittel und war ebenso ländlich gekleidet wie der andere.

„Wir danken Gott,“ sagte die Marquise, „daß die Flucht seines Bruders gelungen ist, und hoffen, daß der Herr weiter hilft.“

„Er fährt sogleich mit unserem Großknecht Meinecke ab,“ sprach Armand gütig. „Hier ist ein Passierschein auf den Namen Lukas Kramer, Knecht auf dem Lindenhofe, Gute des Revisionsrats Marquis de Soubiron. Mit diesem Wanderpaß kommt Er, denke ich, bis an die kurhannoversche Grenze. Seinen Bruder kann ich nicht auf dem Leiterwagen durchs Tor spedieren, das wäre zu gefährlich, er wird ihm auf anderem Wege folgen und ihn bald treffen; schreib Er mir gleich, Lukas, wenn Er glücklich in Brome angekommen ist, und grüß Er mir vielmals Seine Schwester Ruth. So bald ich weiß, daß Eure Flucht gelungen ist, will ich Seiner Schwester schreiben, das sag Er ihr, und nun Gott befohlen.“ Bewegt legte er die Arme um den jungen Menschen und drückte einen Bruderkuß auf seine Stirn.

In Lukas hellen Augen blitzte es auf, er verstand. Das war mehr als Dankbarkeit für Ruths Hilfe in der Not. Warum auch nicht; seine große Schwester schien ihm für keinen zu schlecht. Warm drückte er die ihm dargebotene Hand des Junkers und sprach:

„Ich will dem gnädigen Herrn heißen Dank sagen für alle Guttaten. Kam auch durch Euch die ganze Verwirrung und Not über Johannes und das Pfarrhaus in Brome, so tut Ihr wahrlich jetzo, was Ihr könnt, uns wieder herauszuhelfen. Eure Pflegerin, die verflossene Lucie, wird Euch treu anhängen und Euch nie vergessen.“

„Schelm!“ rief Armand und lächelte, „nun mach, daß Du fortkommst.“

Zierlich wie ein Page küßte Lukas die Hand der Marquise und dankte auch ihr für viele Güte. Dann ging er.

Kurze Zeit darauf sah man ihn neben Batel Meinecke auf dem Fahrbrett des Leiterwagens sitzen, auf dem noch etwas Stroh lag, sowie die Hafersäcke und das Deckleinen, und so zum Tore hinaus und die Straße entlang fahren.

„Nun zu Johannes,“ sagte Armand, während ein Seufzer seine gepreßte Brust hob.

Es wurde ihm nicht leicht, zu dem zu gehen, den er nur einmal im Abendgrauen am Ufer der Ohra gesehen und den er damals, gedankenlos und kaltblütig, in sein Verderben geschickt hatte, aber es mußte sein.

Die Mutter begleitete ihn. Sie trug den Mantel und die Kappe, in denen Armand während dieser guten Frühlingstage mit ihr ausgefahren war.

Schweigend stiegen sie die Treppe hinunter und traten in das kleine Hinterzimmer neben der Tür zum Hofe.

Johannes stand in großer Spannung und Sorge halb versteckt am Fenster, er hatte eben seinen Bruder auf dem Leiterwagen abfahren sehen. Was sollte nun aus ihm werden?

Da trat Armand de Soubiron mit seiner Mutter ins Zimmer.

Der junge Geistliche wandte sich den Kommenden zu. So flüchtig die beiden Männer sich auch an jenem regenschweren Abend gesehen hatten, sie erkannten einander sogleich.

Ja, das ist der lange, blonde Mensch mit der priesterlichen Würde bei seinem feierlichen Protest, dachte Armand und zugleich sah er eine ihn rührende Aehnlichkeit der klaren Züge mit denen seiner geliebten Ruth. Diese Wahrnehmung erleichterte ihm sein Vorhaben.

(Fortsetzung folgt.)

Teningen, 23. Jan. Am nächsten Sonntag soll in der hiesigen Kirche nachmittags eine Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Krieger und eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen unserer Gemeinde abgehalten werden. Die einzelnen Vereine werden sich daran beteiligen.

Müllheim. Wiedenwuhen, 20. Jan. Herr Bürgermeister Nopper hier kann in diesen Tagen sein 25jähriges Amtsjubiläum begehen. Alles Gute, was Herr Nopper in der langen Zeit der Amtstätigkeit mit großem Gerechtigkeitsgefühl geleistet, wissen die Mitbürger sehr gut zu würdigen und wünschen, ihn noch lange an der Spitze der Gemeinde zu erhalten.

WTB. Freiburg i. Br., 22. Jan. Um die Durchführung einer Hilfsaktion für die vertriebenen Elsaß-Lothringer in wirksamster Weise zu erleichtern, wird beabsichtigt, eine Darlehnskasse auf genossenschaftlicher Grundlage ins Leben zu rufen. Neben der Beteiligung der vertriebenen Elsaß-Lothringer an diesem Unternehmen wird auch auf die Mitwirkung weitester Kreise, namentlich auf die Unterstützung der Reichsregierung, gerechnet. Zweck des Unternehmens ist, ausgewiesenen Kaufleuten und Gewerbetreibenden Gelegenheit zu geben, sich eine neue Existenz zu gründen.

Briefkasten.

B. B. Anfrage: Von einem Bürger der Gemeinde pachtete ich ein Grundstück um den Pachtzins von 20 Mark. Als ich am 17. November v. Js. den ersten fälligen Zins persönlich dem Verpächter bringen wollte, verweigerte er dessen Annahme mit dem Bemerken: „ich nehme nur abgestempeltes Geld an." Hierauf gab ich ihm zur Antwort, er solle das Geld nur annehmen, da es ja gar kein abgestempeltes Geld gibt. Trotzdem wies er mich zurück. Bei meinem Weggehen erklärte ich ihm noch, daß ich ihm das Geld nicht mehr bringe. Wenn er es wolle, so müsse er es bei mir holen. Ich frage nun an, ob der Verpächter des Grundstücks mir später den Verzugszins verlangen kann oder ob ich ihm den Pachtzins überhaupt noch schuldig bin? Anwort: Sie kleiben Schuldner des Pachtzinses, sind jedoch nicht verpflichtet, das Geld dem Mann nochmals zu bringen, sondern dieser muß es nun bei Ihnen abholen. Abgestempeltes Geld gibt es selbstverständlich nicht, es ist aber schon der Vorschlag gemacht, die Abstempelung einzuführen, um die Geldhamsterer dadurch zu treffen, deren Geld dadurch wertlos würde. Für eine solche Maßnahme würde aber selbstverständlich erst ein Termin bekannt gemacht. Verzugszinsen kommen natürlich in Ihrem Fall nicht in Frage.

Standesamts-Anzüge der Stadt Emmendingen.

Geburten:

4. Dez. 1918: Max, Vater: Henry Karl Amandus Fischer, Wärter.
3. „ Marie Luise Lucia, Vater: Albert Meyer, Fabrikant.
5. „ Hedwig, Vater: Karl Emmenecker, Friseurmeister.
13. „ Anna Christine Wilhelmine, Vater: Johann Georg Huber, Metzger.
24. „ Helmut, uneheliches Kind.
28. „ Otto Mitheln, uneheliches Kind.
28. „ Helmut Hans Friedrich, Vater: Johann Friedrich Halbmeier, Maschinenfabrikarbeiter.

Eheaufgebote.

16. Dez. 1918: Emil Bühler, Landwirt z. Zt. Unteroffizier in Freiburg, und Frieda Böhrerer, wohnhaft hier.
7. Dez. 1918: Georg Weber, Hausmeister, wohnhaft hier, mit Maria Eugenie Gisserbrecht, wohnhaft hier.
14. „ Otto Friedrich Sütterle, Vizefeldwebel, wohnhaft in Lahr, mit Elise Baumert, wohnhaft in Lahr.

Sterbefälle.

1. Dez. 1913: Iwan Stirkenoff, russischer Kriegsgefangener, 38 Jahre 11 Monate alt.
3. „ Professor Simon Walker Witwe Johanna geb. Schmitt, 71¾ Jahre alt.
5. „ Ferdinand Stäger, Aushilfswärter, 69¼ Jahre alt, von Straßburg i. Elf.
10. „ Gottlieb Wust, Landwirts Ehefrau Katharina Elisabetha geb. Silmann, 58¾ Jahre alt.
10. „ Charlotte Herta Jost, geb. am 18. November 1917 hier, Fritz Obrecht, geb. am 28. November 1918 in Malterdingen.
12. „ Märter August Weh, Ehefrau Maria Anna geb. Hugele, 43¾ Jahre alt.
13. „ Hedwig Emmenecker, geb. 5. Dezember 1918 hier.
16. „ Fritz Edgar Wertheimer, 19½ Jahre alt.
21. „ Wechnermeister Fritz Obrecht, Ehefrau Anna geb. Schwein, 27 Jahre 5 Monate alt, von Malterdingen.
28. „ Johann Georg Währer, Lederfabrikarbeiter, ledig.
28. „ Landsturmmann, 46 Jahre 1 Monat alt.
28. „ Dr. Ferdinand Eduard Josef Karl von Freyhold, Doktor der Philosophie und Schriftsteller, 73 Jahre alt, von Sommerfeld, Kreis Krossen (Brandenburg).
27. „ Karl Klimmerlin, Schlitzer, geb. 22. Juli 1901 hier.
31. „ Emilie Schneider, Blumenmacherin, 61 Jahre 2 Monate alt.

Evangelischer Gottesdienst in Emmendingen.

Donnerstag, 23. Jan., abends 8 Uhr: Wochengottesdienst (Stadtpfarrer Wanner).

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Decker in Emmendingen. Gesellschafter G. Epple u. Wilh. Rumb. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Unterstützungen aus der Adolf Segauer-Stiftung erfolgt

Samstag, den 25. d. M.

durch die Stadtkasse an diejenigen Personen, welche sich s. Zt. beim Bürgermeister angemeldet haben.

Die Verteilung der übrigen gestifteten Beträge wird später bekannt gegeben und werden die bei der Verteilung berücksichtigten Personen persönlich aufgerufen.

Emmendingen, den 21. Januar 1919. 31

Bürgermeisteramt: Rehm.

Stammholversteigerung.

Die Gemeinde Holzhausen versteigert am Donnerstag den 6. Februar d. Js., nachmittags 1 Uhr beginnend im Gabholzschlag 45 St. Eichen bis zu 2 Festm. mess. sowie 28 St. Eichen bis zu 0,51 Festmeter messend. Die Bedingungen werden vor der Steigerung bekannt gegeben. Waldhüter Unmüßig zeigt das Holz auf Verlangen vor, auch können Anzüge bei demselben erhoben werden. 466

Holzhausen, den 21. Januar 1919.

Der Gemeinderat:

Von heute ab steht wieder bei mir ein

großer Transport **Pferde**

leichten und schweren Schlags, darunter ein paar erstklassige Chaisenpferde, wozu Kaufs- und Tauschlieb aber höflichst einladet

Karl Bloch, Schmiedmeister,
Station Kippenheim, Telefon 56 Ettenheim.
414

Bin unter 463

Nr. 176

an das Telephonnetz angeschlossen.

W. Mick, Massgeschäft für feine Herrenkleider, Emmendingen.

Hotel Post, Emmendingen
Heute Donnerstag 458
Kulmbacher Petzbräu

Wer ein gutes Hausgetränk
sich herstellen will, der verwende
— die seit Jahren bekannten —
Rufs Heidelbeeren mit Zutaten
in Paketen zu je 100 Liter zu 31.— Mk. oder
Ruf's Kunstmostansatz
mit Heidelbeerzusatz
und mit Süßstoff die Flasche zu 100 Liter zu Mk. 15.—
— Viele Anerkennungen. —
Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, Ettlingen.

Neunstetten, 28. Oktober 1918.
Die von Ihnen bezogenen Heidelbeeren mit Zutaten zu 100 Liter ergaben ein ausgezeichnetes, erfrischendes Getränk. Mein Nachbar rc. — erzielt 2 Pakete Heidelbeeren, getrocknete, nebst Zutaten zusenden zu lassen. K. Schw.

Neuenstein, 7. Oktober 1918.
Durch meinen von Ihnen bezogenen Kunstmostextrakt erlaube ich mir, Ihnen meine volle Anerkennung mitzuteilen. gez. Fr. Jakob.
Wo keine Verkaufsstellen, Versand ab Ettlingen.

Lebensbedürfnis- u. Produktiv-Verein
e. G. m. b. H., Freiburg i. B.
Achtung! Mitglieder! Achtung!
Ab 1. Februar werden wir die
Brotlieferung
für unsere im Bezirk des Emmendinger Kommunalverbandes wohnenden Mitglieder wieder aufnehmen und bitten wir, von diesem Vorteil vollzählig Gebrauch zu machen.
Das Abliefern der Brotmarken kann jetzt schon erfolgen.
Wir gewähren auf Brotlieferungen ebenfalls 7% Rückvergütung am Jahresschluss. 465
Auch können unsere Emmendinger Mitglieder von diesem Zeitpunkt an ihren Mehlbedarf im Vereinsladen decken.
Der Vorstand.

Konfirmanden-Anzüge
empfiehlt
Siegfried Schwarz, Emmendingen,
— Telefon Nr. 147. —

Breisgauer Familien-Kalender 1919
mit zahlreichen Bildern und Erzählungen von den Kriegsschauplätzen.
Preis für die Abonnenten der „Breisg. Nachr."
Nur 30 Pfg.
Zu haben in der Geschäfts-Stelle der Breisgauer Nachrichten bei unseren Agenturen und in sämtlichen Buch- und Schreibwarenhandlungen.

Eingetroffen:
Drahtstiften verschiedene Längen,
Ofenrohre und Winkel 15 cm weit,
Gartenspaten mit Stiel,
Werkzeuge
wie
Hobel, Stechbeitel, Feilen und Schreinersägen,
Bandeisen 30 mm breit,
einfache Türschlösser.
Verkauft zu billigen Tagespreisen.
Günzburger & Roos,
Eisen und Maschinen,
Emmendingen,
Karlsr.-Str. 30, Tel. 20

Entlaufen
in Windenreute ein schwarzer 468
Dobermann
hört auf den Namen Wodan. Rückgabe gegen Belohnung an
A. Zuckschwerdt
Bauunternehmer, Emmendingen.

Abiturient
erteilt Nachhilfestunden in Realfächern 459
Zu erfragen bei der Geschäftsst. der Breisg. Nachr.

Guterhaltener
Anzug
(mittlerer Größe) ist preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 457

Kohlenabgabe
Abschn. III.
8 Zentner an die hiesigen Bezugsberechtigten
Freitag, 24. Januar 1919
Sch. T. von 8—10 Uhr vorm.
St. „ „ 10—11 „
U. V. „ ½2—½3 Uhr nachm.
W. „ ½3—¼4 „ „
Z. „ ¼4—½5 „ „
Mangels Zufuhr an Kohlen können Sortenwünsche nicht berücksichtigt werden. Nicht Abgeholtes kann aus gleichem Grunde später nicht mehr abgegeben werden.
Veit, Kohlenhandlung.

Reelle 467
Zigarillos u. Zigarren
a. rein. Tabak von 15—40 Mg. kaufe ich jedes Quantum. M. Schloß, Hamburg, Mittelstraße 2, Tel. Merkur 2775, Telegr. Adr.: Kaiserschloß.

Zur Hautpflege
empfehle:
Hautkreme
in reicher Auswahl, wie:
Balsamana
Hela
Herba
Kaloderma
Kombella
Lanolin
Odin
Peri
Prinzess
Zuckooh
Vaseline
Sametin
KREME
bestes Vorbeugungsmittel gegen Frostbeulen u. aufgesprungene Hände.
Drogerie
W. Reichelt,
Emmendingen.

Schöngelegenes
Gartengrundstück
etwa 1000 qm, auch Bauplatz sehr geeignet, Gas, Wasserleitung und Kanalisation beim Gelände, per qm M. 3.—, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Breisg. Nachr.

Wohnung
mit 2 Zimmer, Küche, sowie Zubehör von kleiner Familie per 15. Febr. gesucht.
Näheres in der Geschäftsst. der Breisg. Nachr.

2-3 Zimmer-Wohnung
mit Küche und Zubehör auf 1. März oder später von kinderloser Familie zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 462 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Schönes, gemütliches, möbl.
Zimmer
möglichst Wohn- und Schlafzimmer mit elektr. Licht und möglichst Bad, sofort auf längere Zeit zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 411 an die Exp. d. Ztg.

Lehrlingsgesuch.
Für ein kaufm. Büro in Emmendingen wird auf Ostern ein ordentlicher junger Mann mit guter Handschrift gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle der Breisgauer Nachrichten.

Suche
für meinen Haushalt eine
Frau
für einige Stunden des Vormittags oder ein jüngeres
Mädchen
für den ganzen Tag.
Frau Pribyl,
Schlosserstr. 5, II. St.
Emmendingen.

Gesucht ein braves fleißiges
Mädchen
im Alter von 14 bis 16 Jahren, Eintritt auf 1. Februar.
Frau Schindler,
Konditorei u. Caffee am Marktplatz, Emmendingen.

Derjenige, welcher am Freitag den 17. Januar auf dem Geschäftszimmer des Notariats Emmendingen den Regenschirm verwechselte, wird gebeten, hasselbst den Umtausch vorzunehmen. 456

Ein fast neues aufgerichtetes
Bett
ist zu verkaufen. 452
Zu erfragen im Verlag des Blattes.

Drei schöne
Mutterschafe
u. einen Bock, alle mit schöner Wolle, hat zu verkaufen
Jos. Hensle, Nordweil.

Junger
Hund
zu kaufen gesucht. Von wem sagt die Geschäftsst. des Blattes. 431

Zu verkaufen
3 Legenten
1 Enterich, 1918er. 431
Haus Nr. 286, Teningen.

Ein schöne
Zuchtfarren
14 Monate alt, Rotfleck, simmentaler Rasse ist zu verkaufen. 432
Wo? sagt die Geschäftsst. der Breisgauer Nachrichten.

Verloren
in Emmendingen gegen goldenen Ring
mit grünem Stein. Abzugeben gegen Belohnung im Geschäftszimmer der 84. Brigade (Dreikönig, Emmendingen.)

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Vellagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dätler, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 20 (Evang: Timotheus) Emmendingen, Freitag, 24. Januar 1919. (Kath: Timotheus) 54. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Stuttgart, 23. Jan. Die verfassunggebende Landesversammlung trat heute mittag zur ersten Sitzung zusammen. Keil, Sozialdemokrat, wurde mit 139 von 144 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Keil betonte in einer Rede die Notwendigkeit, daß württembergischen Staat eine neue Verfassung zu geben. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Koch (Demokrat), zum zweiten Vizepräsidenten Walter (Zentrum) gewählt.

WTB. Berlin, 23. Jan. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hielt gestern zwei Sitzungen ab. Ueber den Beschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen, wurde längere Zeit beraten. Der Beschluß ist nach Meinung des Zentralrates von seiner Zustimmung abhängig und es wurde beschlossen:

Der Zentralrat erhebt Widerspruch gegen die Festsetzung des Tagungsortes für die Nationalversammlung, ohne daß dem Zentralrat Gelegenheit zur Mitberatung gegeben worden ist. Sodann wurde eine Verordnung zur Beschaffung von Siedelungsland beraten und die Zustimmung zur Veröffentlichung gegeben.

Längere Beratung erforderte auch der vom Staatssekretär des Innern Dr. Preuß veröffentlichte Verfassungsentwurf für das deutsche Reich. Am Schluß der Beratung beschloß der Zentralrat, die Volksbeauftragten zu ersuchen, auch von sozialistischer Seite einen Verfassungsentwurf ausarbeiten zu lassen und der Nationalversammlung als Material zu übergeben.

Ueber die auswärtige Politik soll demnächst mit den Volksbeauftragten gemeinsam beraten werden.

Eine Konferenz der Soldatenräte war für heute vom Zentralrat des 3. Armeekorps beantragt worden. Dieser stellt beim Zentralrat den Antrag, zu genehmigen, daß eine Konferenz aller Soldatenräte stattfindet, in der über die Verordnungen des Kriegsministeriums beraten werden soll. Da die Verordnungen nicht allein vom Kriegsminister unterzeichnet waren, sondern auch die Zustimmung des Zentralrates und der Volksbeauftragten vorher erhalten hatten, hält der Zentralrat die Einberufung einer solchen Konferenz, die sich mit diesen Bestimmungen befassen soll, nicht für zweckmäßig. Eine Abänderung der Bestimmungen kann durch eine Konferenz oder Soldatenräte nicht erfolgen. Die weiteren Verhandlungsgegenstände wurden auf heute vertagt.

WTB. Berlin, 23. Jan. Die preußische Regierung gibt bekannt: Der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1886, nach dem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen des Regierungsbezirks Oppeln angestellt oder in diese Landesstelle versetzt werden sollen, wird aufgehoben.

WTB. Berlin, 23. Jan. Auf Anregung der Regierung wird dieser Tage ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit in Berlin teilgenommen hatten, nach Schlesien zum Schutze der Landesgrenze und Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier befördert werden.

Berlin, 23. Jan. Laut Berliner Tageblatt nahm in Düsseldorf eine Massenversammlung der deutschdemokratischen Partei eine Entschließung an, in der der Plan auf Zertrümmerung des Reiches und Preußens abgelehnt wurde, da eine Republik Rheinland unter den heutigen Umständen mit einer inneren wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit zu einem Pufferstaat, zu einem Spielball in den Händen Frankreichs, Belgiens und Englands werden würde.

Die württembergische Regierung soll laut Berliner Tageblatt beschlossen haben, einer Zertrümmerung Preußens zu widersprechen.

WTB. Berlin, 23. Jan. Die empfindliche Niederlage der Unabhängigen bei den Wahlen zur Nationalversammlung hat in ihnen den Wunsch nach Vereinigung mit den Mehrheitssozialisten neu belebt. Die Vereinigung ist, wie sie eben noch mit den schärfsten Mitteln bekämpft haben. Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen, der am 2. Februar in Berlin zusammentreten soll, wird voraussichtlich in dieser Frage die Entscheidung bringen. In einer Besprechung des Programms des Parteitages spricht die Leipziger Volkszeitung, eines der führenden Organe der Unabhängigen, sich für die Vereinigung aus, stellt aber Bedingungen, die erkennen lassen, daß auch jetzt noch die Unabhängigen mit ihren 24 Abgeordneten ihren Willen den Mehrheitssozialisten aufzwingen wollen.

WTB. Berlin, 22. Jan. Von Wangeroog wird gemeldet: Die Bevölkerung der Nordsee-Inseln ist durch herumziehende Spartakistenbanden ernstlich gefährdet, die die einzelnen Dörfer überfallen und ausrauben. So hat am 10. Januar eine Bande von etwa 200 Spartakisten auf drei Minensuchbooten die dortige Küste heimgesucht. Die Unternehmung ging vom Soldatenrat in Bremen aus. Die Spartakisten wurden von der Inselbevölkerung überwältigt und gefangen genommen.

Die Vorgänge in Hamburg.

WTB. Hamburg, 23. Jan. Im Laufe der Nacht wurden die von den Spartakisten noch besetzt gehaltenen Wachen und Gebäude vollständig gesäubert. Von den Sicherheitsmannschaften sind durch Schüsse vier schwer, mehrere leicht verletzt worden. Auf der Gegenseite sind bisher acht Tote festgestellt. Die Anzahl der Verletzten ist noch nicht ermittelt. Heute früh 10 Uhr wurde der Belagerungszustand aufgehoben. Der Hamburger Hauptbahnhof war heute früh noch von allem Personenverkehr ausgeschaltet.

WTB. Hamburg, 23. Jan. Die Seeleute, die heute früh wieder vor das Rathaus gezogen waren und dort den Bescheid erhalten hatten, daß die Beratungen über ihre Forderungen dazu geführt haben, daß der A- und S.-Rat Hamburgs der Nationalversammlung den Antrag auf Aufhebung der Seemannsordnung unterbreiten werde, daß aber in Bezug auf die anderen Forderungen eine Verständigung noch nicht erzielt werden könne, verlangten jetzt, daß der Vorsitzende Exekutive Hense ihnen Auskunft erteile. Als Hense sich dazu bereit erklärte, erhielt er von der Deputation die Zusicherung, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört werden würde. Die Seeleute zogen schließlich in Demonstrationszug ab. Nachdem noch einige Führer des Seemannsbundes zu den Seeleuten gesprochen hatten, wurde die Seemannsordnung am Rathaus auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

WTB. Hamburg, 23. Jan. Bei der heutigen Demonstration der Seeleute wurde bekannt gegeben, daß die Werftarbeiter des „Vulkan" sich hinter die Seeleute stellen wollen. Es dürfte also mit einem Sympathiestreik der Werftarbeiter zu rechnen sein. Die Seeleute erklärten, daß kein Schiff den Hamburger Hafen verlassen dürfe, falls ihre Forderungen nicht bewilligt würden.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

WTB. Berlin, 23. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit, daß das französische Oberkommando im Betriebe der Eisenbahnen des besetzten Gebietes ab 2. Januar die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages an Stelle des Achtstundentages befohlen hat. Gegen diese den Waffenstillstandsbedingungen zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Alliierten in ganz Deutschland die 9-stündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahmen rückgängig gemacht werden, so sind hiervon die bedenklichsten Rückwirkungen zu befürchten.

WTB. Haag, 23. Jan. Die „Times" meldet aus Kapstadt, daß die Abgeordneten Südafrikas nicht mehr zeitig genug zur Friedenskonferenz erscheinen können, um sich noch vor der Entscheidung Gehör zu verschaffen. Uebrigens werde England auch alles tun, um ihre Zulassung zu erschweren.

WTB. London, 23. Jan. Das Communiqué aus Paris vom 22. Januar besagt: Der oberste Kriegsrat trat um 11 Uhr am Quai d'Orsay zusammen. Der Präsident der Vereinigten Staaten und die ersten Minister und Außenminister der alliierten und assoziierten Mächte sowie die japanischen Delegierten Baron Makino und Matsui beriten über die polnische Frage, über die sie Marschall Foch zu Rate zogen. Sie beschlossen, eine aus je zwei Delegierten (je ein Zivil- und ein militärischer Delegierter) der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens bestehende Kommission nach Polen zu entsenden. Hierauf nahmen die Minister die russische Frage wieder auf. Präsident Wilson verlas einen Antrag, über den heute nachmittag beraten werden wird.

Französische Forderungen.

WTB. Bern, 22. Jan. Im Petit Parisien fordert Unterstaatssekretär der Marine Boussion, daß Frankreich 920 000 Tonnen der deutschen Handelsschiffe als Ersatz für seine Kriegsverluste erhalte. Frankreich müsse wenigstens für ein Drittel seiner Tonnage aus der deutschen Handelsflotte diejenigen Schiffe auswählen, die ihm zusagten.

WTB. Bern, 22. Jan. Der Matin weist darauf hin, daß das eine der deutschen Ueberseekabel, Emden—Amerika, das nach der Kriegserklärung von den Engländern durchschnitten worden sei, von England übernommen wurde und verlangt dementsprechend, daß das andere Kabel im Friedensvertrage Frankreich zugesichert werde.

Sonstige Meldungen.

WTB. München, 23. Jan. Um die aus wirtschaftlichen und politischen Gründen notwendige Wiederbelebung von Handel und Industrie und damit auch die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu fördern, hat sich die bayerische Eisenbahnverwaltung entschlossen, trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten wenigstens den Versuch zu machen, auf ihren rechtsrheinischen Strecken den Güterverkehr für einige Zeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Mit Wirkung vom 23. Januar ab werden deshalb alle bisher für den Versand von Wagenladungen geltenden Einschränkungen aufgehoben, soweit nicht die von außerbayerischen Verwaltungen verfügten Sperren noch bestehen.

WTB. Berlin, 23. Jan. Der Kohlenmangel wird von Stunde zu Stunde größer und die Lage in Großberlin immer ernster. Die Kohlenstelle Großberlins hat eine weitgehende Einschränkung der Kohlenverbrauches verfügt. Die Straßenbeleuchtung soll bis elf Uhr abends in der gewohnten Weise aufrecht erhalten werden, dann aber auf das geringmöglichste Maß eingeschränkt werden. Dann werden auch Gassparstunden eingeführt und zwar von 8½ bis ein Uhr vormittags und 2 bis 5½ Uhr nachmittags. Die Polizeistunde wird auf ½10 Uhr abends, für die Theater auf zehn Uhr festgesetzt. Den Theatern und anderen Vergnügungsstätten wird nur noch 50 Prozent des elektrischen Stromes geliefert, den sie im Dezember 1918 verbraucht haben. Auch der Straßenbahnverkehr wird beträchtlich eingeschränkt werden.

Berlin, 24. Jan. Die unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände werden u. a. dadurch gekennzeichnet, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden muß und schon die Frühjahrsbestellung als ernstlich gefährdet erscheint.

Berlin, 23. Jan. Daß die Franzosen kein Mittel scheuen, um eine Grundlage zu schaffen für den Anschluß des rein deutschen Saargebietes an Elsaß-Lothringen und damit — wie die Franzosen hoffen — an Frankreich, beweist nachfolgender Vorgang:

In Saarlouis wurden am Tage vor den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung von unlauteren Elementen der Zivilbevölkerung zum Teil aber auch von Angehörigen der französischen Besatzung Flugblätter folgenden Inhalts verbreitet: „Bürger von Saarlouis! Werft das preußische Joch ab, das Ihr hundert Jahre lang getragen habt. Bleibt Brüder der Lothringer, schließt Euch an Frankreich an, das Eure Interessen wahrnehmen wird. Zeigt dies morgen bei den Wahlen, indem Ihr Euch der Abstimmung enthaltet oder weiße Zettel abgeht." Die politischen Parteien in Saarlouis veranstalteten sofort Gegenkundgebungen. Es haben sich zwar nur wenige Deutsche an diesem Landesverrat beteiligt, und irgend welcher Erfolg der französischen Machenschaften wird kaum zu erwarten sein. Aber es ist doch höchst bedauerlich, daß es überhaupt deutsche Bürger gibt, die sich zum Werkzeug unserer Gegner hergeben und ihren Brüdern in den Rücken fallen, ihren Brüdern, die den deutschen Boden vier Jahre lang unter Aufopferung ihres Lebens geschützt und damit auch Hab und Gut der Verräter vor den Gefahren des Krieges bewahrt haben. Das deutsche Volk wird diejenigen nicht vergessen und sich ihrer erinnern, wenn der Friede in unser Land wieder eingetreten ist und die Ketten, in denen unser Volk heute schmachtet, gefallen sind.

WTB. Berlin, 23. Jan. Wie der Kommandant eines deutschen Torpedobootes berichtet, das den Postverkehr zwischen den in Scapa Flow internierten Kriegsschiffen und der Heimat vermittelt hat, haben die Engländer wohl die Abgabe der Heimatpost an die Schiffsbesatzungen, jedoch die Mitnahme von Post von den Schiffen nach Deutschland nicht gestattet. Dies ist eine Maßnahme, die bei Kriegsgefangenen als Strafe angewendet wird. Es war während des Krieges sonst üblich, den Kriegsgefangenen die Absendung ihrer Briefe zu gestatten. Die Besatzungen der deutschen Schiffe sind jedoch nur interniert und werden nun ohne Grund schlechter behandelt als Kriegsgefangene. Dasselbe gilt hinsichtlich der Verpflegung. Während die Engländer bezüglich der Post die deutsche Besatzung schlechter als Kriegsgefangene behandeln, verfahren sie hinsichtlich der Verpflegung wieder anders. Kriegsgefangene wurden bisher stets von dem Lande betöstigt, in dem sie interniert sind. Der englische Flottenchef jedoch hat die Uebernahme der Verpflegung der Deutschen durch die Engländer abgelehnt. Die Verpflegung muß nun von Deutschland aus erfolgen.

WTB. Bern, 23. Jan. Der Berner Korrespondent des „Democrate" meldet: Die Pariser Reise Adors gilt in erster Linie der Rhein-Schiffahrt, der Revision des Gotthard-Vertrages und der Besetzung gewisser Schwierigkeiten an der schweizerischen Nordgrenze. Der Kanton Schaffhausen müsse entsprechend dem einstimmigen Wunsche seiner Bevölkerung des Charakters als Enklave entkleidet werden und die badischen Grenzstrecke des Kantons Basel und Schaffhausen nationalisiert werden. Als vierte Forderung wird Schadenersatz für die deutschfeindliche Haltung der Schweiz gefordert. Die belgischen Sozialisten werden sich in einigen Tagen zur interalliierten sozialistischen Konferenz nach Paris begeben.

WTB. Rotterdam, 23. Jan. Nach einer Meldung des Nieuwe Rotterdamschen Courant aus London vom 22. Januar schreibt das liberale Abendblatt „Star", daß die Arbeitsschwierigkeiten in England beängstigende Folgen anzunehmen beginnen. Die größte Aussicht dafür sei die Unzufriedenheit der